

Was würden türkische Muslime hierzu sagen?



„Wir haben große

Probleme hier“, sagt Heinz P. Der deutsche Familienvater zog vor einigen Jahren mit seiner Familie nach Istanbul, da er dort als Woll-Spezialist leicht Arbeit fand. Heute sind er und seine Familie arbeitslos und leben von der türkischen Sozialhilfe. Die bezahlt seine Miete, Strom, Heizung sowie Lebenshaltungs- und Arztkosten. Arbeiten braucht Heinz deswegen eigentlich nicht.

„Wir fühlen uns wie Aussätzige“, berichtet Heinz weiter, „meine Tochter hat sich beispielsweise gestern im Bikini auf den Balkon gelegt, schon hagelte es Beschimpfungen. Schweinefleisch gibt es hier auch nirgends zu kaufen, Alkohol ist teuer. Die Türken versuchen unsere Kultur zu zerstören und tun nichts für uns.“

Diese Diskriminierung ist auch der Grund, warum seine Tochter keinen Arbeitsplatz erhält und daher ebenso auf Sozialhilfe angewiesen ist. Bei den Absagen der Arbeitgeber werde immer zur Aufrechterhaltung des schönen Scheins der Toleranz geltend gemacht, dass sie keinen ordentlichen Schulabschluss und schon gar keine Berufsausbildung habe.

Aber Gott sei Dank werde es ihr dank des Kindes, das sie jetzt erwartet, bald besser gehen. Dann habe sie Anspruch auf mehr Sozialleistungen, eine größere Wohnung und der Vater des

Kindes könne endlich aus Deutschland nachziehen. Schließlich werde das Kind türkisch. Familienangehörigen von Türken müssen ihren Lebensunterhalt nicht sichern. Und als Vater eines türkischen Kindes müsse er auch endlich nicht mehr nachweisen, dass er zumindest ein ganz klein wenig türkisch spricht, woran der Nachzug – neben dem Arbeitseinkommen – bislang immer wieder gescheitert sei.

Bei all diesem Elend sei es kein Wunder, dass die beiden Söhne der Familie einen solchen Hass auf alle Türken haben. Dankenswerterweise haben die Richter bislang Verständnis dafür gezeigt, dass ihre Prügelattacken gegenüber den von ihnen aus verständlicher Abscheu heraus sogenannten Hammelfressern nur Ausdruck ihrer Hilflosigkeit waren. Es ist daher zu begrüßen, dass die türkische Gesellschaft beginnt zu erkennen, was sie alles falsch gemacht hat. Dass die beiden nun zusammen mit anderen deutschstämmigen Straftätern im Rahmen einer besonderen Förderung noch einen Schulabschluss nachholen können, ist daher ein erster richtiger, aber auch seit langem überfälliger Schritt in die richtige Richtung.

Als ein solcher ist auch die Initiative zu verstehen, Deutschen mit solchen Schulabschlüssen den Zugang zu Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung zu erleichtern und sie gegenüber Türken zu bevorzugen. Dies wird auch die Akzeptanz der in der Türkei lebenden Deutschen erhöhen, wenn sie sich in den Verwaltungsbehörden der Türkei ihren Landsleuten gegenüber sehen, sagt die integrationspolitische Sprecherin der Islamisch Türkisch Demokratischen Union, Helga Meyer. So wird auch vermieden, dass es zu sprachlichen Problemen zwischen Verwaltungskunden und Sachbearbeitern kommt. Dies wird, so Meyer, aber kaum als Akzeptanzangebot ausreichen.

Mit Gleichgesinnten hat Heinz nun eine Demonstration vorbereitet. „Wir wollen eine eigene, christliche Kirche, doch der türkische Staat will sie nicht für uns bauen. Wir selbst haben ja kein Geld – aber unsere Kultur und unser Glaube

dürfen nicht unterdrückt werden. Wir müssen uns wehren, wir sind eine Minderheit.“ Mit Freude nehmen die türkdeutschen Zuwanderer zur Kenntnis, dass nun das deutsche Innen- und auch das deutsche Kultusministerium Kirchenbauten in der Türkei fördern, wie Angela Merkel bei ihrer letzten großen Rede in Ankara vor Zehntausenden Deutschen versichert hat. Aber türkische Rechtsradikale sprechen sich gegen solche Kirchen aus. Das begründen die Neo-Nazis mit dem Anliegen Merkels, über die in der Türkei gebauten Kirchen Einfluss auf die türkische Politik zu nehmen.

Nachdem Heinz gegenüber seinem Vermieter gerichtlich durchsetzen konnte, dass er nun doch eine Satellitenschüssel an der Hausfassade anbringen darf, um deutsche Sender zu empfangen, hat er mit großem Stolz in der ARD gesehen, dass Merkel deutschstämmige Politiker nach Deutschland eingeladen hat. Sie hat diese gebeten, ihren Einfluss im Sinne der deutschen Politik geltend zu machen. Heinz hofft, dass diese die berechtigten Forderungen der Deutschen durchsetzen können.

Heinz und vielen seiner Landsleute bleibt nichts anderes, als auf die deutschstämmigen Politiker zu hoffen, da das Ausländerwahlrecht bislang nur von einer relativ kleinen Partei gefordert wird. Die türkische Staatsangehörigkeit anzunehmen, um sich endlich politisch einzubringen, erweist sich als zu hürdenreich. Zum einen möchten Heinz und viele andere Deutsche nicht die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes aufgeben. Zum anderen wird vor der Einbürgerung nach wie vor ein Mindestmaß an Türkisch und ein eigenes Einkommen gefordert. Dies können viele Deutsche aufgrund der Diskriminierung am türkischen Arbeitsmarkt nicht nachweisen.

Trotzdem wird diese Regelung von der regierenden konservativ-türkischen Partei nicht geändert, um die Wähler am äußersten rechten Rand nicht zu verärgern. Diese Wähler sind es auch, die darüber aufgebracht sind, dass Deutsche nach jahrelangem Sozialhilfebezug eine Arbeit annehmen, um dann kurz nach

Verleihung der türkischen Staatsangehörigkeit wieder in die Sozialhilfe zurückfallen. Die, so meint Heinz, sollten vielmehr Vorschläge machen, wie die Benachteiligung von Deutschen, die sich in solchen Arbeitsbiographien widerspiegelt, bekämpft werden kann, anstatt gegen Deutsche zu hetzen.

Erschütternd sein Bericht von einer ersten Demonstration Gleichgesinnter in einem Istanbul Vorort. „Da waren nur türkische Rechtsextreme. Sie forderten, dass wir das Land verlassen sollten, wenn es uns hier nicht gefällt. Allen Ernstes meinten sie, wir seien hier Gäste, und Gäste sollten sich auch so benehmen. Doch wir lieben dieses Land doch, wir haben nur kein Geld. Warum werden wir als Christen deshalb bestraft und geächtet? Wir fordern doch nur unsere Menschenrechte und dass wir so leben können, wie wir es in Deutschland tun könnten.“

Traurig ist die Familie besonders um die Weihnachtszeit. „Es gibt keine Weihnachtsbäume zu kaufen, wir können keine Messe besuchen und müssen improvisieren. Die Nachbarn lachen, wenn sie unsere Weihnachtsdekoration sehen. Niemand will hier etwas für uns tun, für unsere Kultur. Wir sind ausgegrenzt. Dieses Land hier ist nicht gastfreundlich!“ Heinz hat auch kein Verständnis dafür, dass er nun einen Strafbefehl erhalten soll, nur weil er mit anderen Deutschen in einer Moschee eine christliche Messe abgehalten hat. Schließlich sei diese Moschee eine ehemalige Kirche gewesen, bevor die muslimischen Eroberer sie zu einer Kirche gemacht hätten.

Nach Deutschland will und kann Heinz P. nach eigenen Angaben nicht zurück. „Das Sozialsystem ist in Deutschland wesentlich schlechter als hier in der Türkei, wir hätten dann viel weniger Geld. Wir können doch nicht einfach nachgeben, nur weil Extremisten uns hier daran hindern, unseren Glauben und unsere Lebensart leben zu wollen. Wir wollen Christen sein. Wir sehen uns auch nicht als Gäste in einem fremden Land, sondern als wichtigen, kulturell bereichernden Bestandteil der

Gesellschaft. Warum verstehen das die Türken nicht? Warum sollen wir uns einordnen, am Ende vielleicht gar assimilieren, wo Assimilierung in den Worten der deutschen Kanzlerin Merkel doch ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ ist? Wir sind freie Bürger und fordern nur unser Recht“.

Mit Aktionen will Heinz P. nun mit anderen Christen auf die unhaltbaren Zustände in Istanbul aufmerksam machen. „Wir haben zunächst Geschäfte, die kein Schweinefleisch anbieten, mit Farbbeuteln beworfen“, sagt er, „es gibt aber auch andere Christen hier, die bereit sind, wesentlich weiter zu gehen.“ Demonstrativ fahren Christinnen nun nur leicht bekleidet durch die Innenstadt, um gegen das in ihren Augen unsinnige Gebot zu demonstrieren, sich gottesfürchtig zu kleiden. „Die freie Kleiderwahl ist Bestandteil unserer Kultur“, merkt Heinz P. an, „wann kapieren die Türken das endlich mal?“

Gestern noch wurde er bedroht. „Man wollte mir nahelegen, mich endlich mit den Sitten und Gebräuchen hier in Istanbul vertraut zu machen. Ich solle mich integrieren, hieß es. Aber wir sind doch eine Minderheit – zählen wir darum nichts?“

Emilie Haberkuck vom Istanbuler Integrationsamt macht darauf aufmerksam, dass sich viele Türkdeutsche bewusst westlich kleiden würden, um ihre Verbundenheit mit ihrer Herkunftsidetitat zu demonstrieren. Sie geht davon aus, dass dieser Trend der Selbstvergewisserung nachlassen würde, wenn die Türken ihre Abgrenzung gegenüber den Deutschen unterließen und sich einer Akzeptanzpolitik hinwenden würden. In einer Petition hat Heinz nun auch einen türkischen Politiker angeschrieben, der mehrere Jahre lang in Deutschland lebte. „Er kennt unsere Kultur, er muss uns helfen!“, hofft er, „nur, weil wir in der Türkei leben, dürfen wir keine Nachteile erleiden!“

Eine Gruppe Türken, die zu einer Demonstration gegen die deutsche Minderheit und deren mangelnden Integrationswillen aufgerufen hat, bezeichnet Heinz P. als „Rechtsextreme“. Er

droht nun, vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu ziehen, denn: „Es gibt hier keine einzige deutsche Schule. Wir müssten dazu unsere Kinder eigens in das weit entfernte Ankara schicken. Weder ich, noch meine Frau und meine älteren Kinder sprechen türkisch. Und die Türken weigern sich, deutsch mit uns zu sprechen. Meine Kinder verstehen nichts in der Schule. Der türkische Staat muss etwas tun! Lediglich die Antragsformulare auf den Sozialämtern auch in Deutsch anzubieten, reicht ja wohl kaum aus. Es darf nicht sein, dass unsere deutsche Kultur mit Füßen getreten wird oder wir gezwungen werden, in Deutschland leben zu müssen. Das ist schreiendes Unrecht.“

Fatima Üzmüz von der Partei für Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit spricht sich dafür aus, die sprachliche Vielfalt, die von Zuwandererdeutschen ins Land gebracht werde, als Chance für eine offene Gesellschaft ohne Ausgrenzungstendenzen zu nutzen. Es mache sie traurig und auch ein Stück weit betroffen, wenn sie sehe, wieviel Sozialarbeit in der deutschen Community vonnöten wäre. Gerade die Partei für Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit hat mit ihrem hohen Anteil an Sozialarbeitern und -pädagogen eine ganz besondere Kompetenz, das zu beurteilen. Es entrüstet die Sprecherin des Arbeitskreises „Mehr von unserem Steuergeld für Europa“, dass so viele dieser Sozialarbeiter arbeitslos seien und sich – statt einer sinnvollen Beschäftigung nachzugehen – oft mit überflüssigem Unsinn beschäftigen müssten.

Seit drei Wochen sind auch Heinz P.'s Schwiegereltern nach Istanbul gezogen. Ein notwendiger Schritt, denn nun haben sie Anspruch auf eine größere Wohnung in Istanbul. „Ich kann nichts dafür, dass es hier keine Arbeit gibt“, beschwert sich P., „würden Umschulungen in deutscher Sprache angeboten, würde ich daran ja auch eventuell teilnehmen, aber niemand kann von mir erwarten, dass ich deswegen jetzt auch noch türkisch lerne.“

Und wie fühlen sich seine Schwiegereltern? „Das ist alles noch

etwas ungewohnt für sie. Bei ihnen führen wir jetzt aber erst einmal eine umfangreiche Zahnsanierung durch, die der türkische Staat übernimmt, da sie ja jetzt hier wohnen, und dann sehen wir mal weiter.“

Unhaltbare Zustände für Christen in der Türkei. Bleibt zu hoffen, dass die türkische Regierung einlenkt und endlich Rücksicht auf die deutschen Zuwanderer, auf deren Bedürfnisse, Ansprüche und Forderungen nimmt. Der stetige Hinweis der türkischen Regierung, türkdeutsche Einwanderer wären mittlerweile für 70% aller Straftaten in der Türkei verantwortlich, ist von der Zahl her zwar nicht falsch. Aber man fragt nicht nach den Ursachen, die ja wohl in der permanenten Diskriminierung und Unterdrückung der deutschen Migranten durch die türkische Mehrheitsgesellschaft liegen. So bleibt der Türkei noch viel Integrationsarbeit, damit sich die Deutschen dort auch wirklich angekommen und wohlfühlen können.

(Text: JOSPE / nockerl / A Prasn – PI-Gruppe München)